

61. Verordnung: Landes-Flüssiggasverordnung

62. Verordnung: Anwendung des Kollektivvertrages über die Pensionskassenzusage für Bundesbedienstete auf die Landeslehrer und Landesvertragslehrer

63. Verordnung: Hauptschulsprengelverordnung, Änderung

61.

Verordnung

**der Landesregierung über die Errichtung, den Betrieb, die Instandhaltung
und die Überprüfung von Flüssiggasanlagen
(Landes-Flüssiggasverordnung)*)**

Auf Grund der §§ 2 Abs. 2 und 4 Abs. 7 des Gasgesetzes, LGBl.Nr. 30/1965, in der Fassung LGBl. Nr. 4/1994 und Nr. 6/2009, wird verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für Flüssiggasanlagen, die dem Gasgesetz unterliegen.

§ 2

Begriffsbestimmungen

Die Begriffsbestimmungen der §§ 2 bis 11 der Flüssiggas-Verordnung 2002 des Bundes sind anzuwenden.

§ 3

Sicherheitsvorschriften

(1) Flüssiggasanlagen sind nach den Erfahrungen der technischen Wissenschaften so zu errichten, zu betreiben, instand zu halten und zu überprüfen, dass dadurch das Leben oder die Gesundheit von Menschen nicht gefährdet und Sachschaden nach Möglichkeit vermieden wird.

(2) Soweit in dieser Verordnung nicht anderes bestimmt wird, gelten für die Errichtung, Instandhaltung und den Betrieb von Flüssiggasanlagen die Bestimmungen der Flüssiggas-Verordnung 2002 des Bundes sinngemäß.

(3) Die Behörde kann auf Antrag Abweichungen von den Bestimmungen gemäß Abs. 2 zulassen,

wenn der Antragsteller nachweist, dass das gleiche Schutzniveau wie bei Anwendung dieser Vorschriften erreicht wird.

(4) Die Behörde kann über begründetes Ansuchen in einzelnen, durch örtliche oder sachliche Verhältnisse bedingten Fällen Ausnahmen von der Anwendung bestimmter Sicherheitsvorschriften gemäß Abs. 1 und 2 bewilligen, wenn die technische Sicherheit trotzdem gewährleistet erscheint.

§ 4

Prüfung von Flüssiggasanlagen

(1) Der Besitzer jeder neu errichteten oder wesentlich geänderten Flüssiggasanlage ist verpflichtet, diese vor der Inbetriebnahme überprüfen zu lassen; nicht als wesentliche Änderungen einer Flüssiggasanlage gelten dabei bloße Instandhaltungsarbeiten, wie insbesondere der Austausch von Zündsicherungen, Armaturen, Gasschläuchen und ähnlicher Teile gegen solche derselben Art und Größe, sowie Reparaturen von schadhaften Teilen. Gegenstand der Überprüfung ist die Einhaltung der Bestimmungen des § 3 Abs. 1 und 2 und gegebenenfalls eines Bewilligungsbescheides oder Bescheides nach § 3 Abs. 3 oder 4.

(2) Der Besitzer einer Flüssiggasanlage ist verpflichtet, diese während des Betriebes regelmäßig wiederkehrend überprüfen zu lassen. Die Bestimmungen des § 41 der Flüssiggas-Verordnung 2002 des Bundes sind sinngemäß anzuwenden. Gegenstand der Überprüfung ist die Einhaltung der Be-

*) Diese Verordnung wurde unter Einhaltung der Bestimmungen der Richtlinie 98/34/EG notifiziert.

stimmungen des § 3 Abs. 1 und 2 und gegebenenfalls eines Bewilligungsbescheides oder Bescheides nach § 3 Abs. 3 oder 4.

(3) Eine außerordentliche Prüfung hat in den Fällen des sinngemäß anzuwendenden § 42 Abs. 1 der Flüssiggas-Verordnung 2002 des Bundes zu erfolgen. Sie muss sich auf die jeweils betroffenen Teile der Flüssiggasanlage erstrecken. Für den Umfang dieser Prüfung gilt der § 41 der Flüssiggas-Verordnung 2002 des Bundes sinngemäß.

(4) Zur Vornahme von Überprüfungen nach Abs. 1 bis 3 ist berechtigt, wer nach den Bestimmungen des Gasgesetzes zur Ausstellung des Prüfungsbefundes befugt ist.

(5) Die Ausstellung des Prüfungsbefundes hat unter Verwendung des Vordruckes in der Anlage zu erfolgen. Die Prüfungsbefunde über die erstmalige Überprüfung (Abs. 1), die jeweils letzte wiederkehrende Überprüfung (Abs. 2) und allfällige außerordentliche Prüfungen sowie die sonstigen Prüfungen betreffenden Schriftstücke sind vor Ort aufzubewahren und der Behörde auf Verlangen vorzulegen.

(6) Gasgeräte, die mit einer CE-Kennzeichnung versehen sind, sind von einer Überprüfung gemäß Abs. 1 bis 3 ausgenommen.

§ 5

Übergangsbestimmungen

(1) Auf die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung rechtmäßig bestehenden Flüssiggasanlagen sind die bisher geltenden Sicherheitsvorschriften anzuwenden. Bei wesentlichen Änderungen von Flüssiggasanlagen sind die Bestimmungen dieser Verordnung anzuwenden.

(2) Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung anhängigen Behördenverfahren sind nach den bisherigen Vorschriften weiterzuführen.

§ 6

Außerkräfttreten

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Landes-Flüssiggasverordnung, LGBl.Nr. 36/1975, in der Fassung LGBl.Nr. 55/1975, außer Kraft.

**Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landeshauptmann:**

Dr. Herbert Sausgruber

Anlage

Prüfungsbefund für Flüssiggasanlagen

(§ 4 Abs 5 Landes-Flüssiggasverordnung)

Besitzer der Gasanlage:**Adresse:**

PLZ/Ort/Straße/HNr.

Aufstellungsort der Gasanlage:

PLZ/Ort/Straße/HNr.

Hersteller der Gasanlage:

Firmenname/Anschrift

☐ Neuerrichtung☐ Änderung/Erweiterung☐ Innenanlage☐ Außenanlage☐ Feuerlöscher vorhanden☐ wiederkehrende Prüfung☐ außerordentliche Prüfung☐ Sonstiges**Flaschenanlage**

Betriebsbehälter	_____ Stk	Vorratsbehälter	_____ Stk
Flaschengröße	<input type="checkbox"/> 5 kg <input type="checkbox"/> 11 kg <input type="checkbox"/> 33 kg		
Umschaltarmatur	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> händisch <input type="checkbox"/> automatisch		
<input type="checkbox"/> Anschraubregler <input type="checkbox"/> Aufsteckregler	<input type="checkbox"/> SAV <input type="checkbox"/> SBV		
Betriebsdruck	_____ bar	Reglerleistung	_____ kg/h

Tankanlage

Tank	Inhalt _____ l	<input type="checkbox"/> erdgedeckt <input type="checkbox"/> oberirdisch
Hersteller	_____	
Behälternummer	_____	Baujahr _____
<input type="checkbox"/> Einstufenregler <input type="checkbox"/> Zweistufenregler	<input type="checkbox"/> SAV <input type="checkbox"/> SBV	
Betriebsdruck	_____ bar	Reglerleistung _____ kg/h

Rohrleitungen

erdverlegt	<input type="checkbox"/> Stahl <input type="checkbox"/> Edelstahl <input type="checkbox"/> PE <input type="checkbox"/> geschweißt
unter Putz	<input type="checkbox"/> Stahl <input type="checkbox"/> Edelstahl <input type="checkbox"/> geschweißt
auf Putz	<input type="checkbox"/> Stahl <input type="checkbox"/> Edelstahl <input type="checkbox"/> Kupfer <input type="checkbox"/> Präzisionsstahlrohr
	<input type="checkbox"/> geschweißt <input type="checkbox"/> geschraubt <input type="checkbox"/> gepresst <input type="checkbox"/> Schneidring

Anmerkungen: _____

Anlage errichtet gemäß ☐ Plan Nr. _____ ☐ beiliegender Skizze

Angeschlossene Geräte			
Anzahl	Art, Fabrikat und Type	Anschlusswert [kg/h]	Aufstellungsraum (Bezeichnung, Größe [m ²], Lüftung)

Befund

Die oben beschriebene Gasanlage wurde insbesondere im Hinblick auf die nachfolgend angeführten Punkte überprüft.

- Rohrleitungen auf ordnungsgemäßen Zustand und Ausführung
- Rohrleitungen auf Dichtheit
- Druckregler, Absperrschieber und sonstige Regeleinrichtungen auf ordnungsgemäße Funktion
- Gasverbraucher und Abgasführung auf ordnungsgemäße Funktion

- ☐ Die Gasanlage ist dicht und entspricht zum Zeitpunkt der Überprüfung in allen Punkten den geltenden gesetzlichen Bestimmungen sowie den Erfahrungen der technischen Wissenschaften und kann daher in Betrieb genommen werden.

Anmerkungen: _____

- ☐ Bei der Überprüfung der Gasanlage wurden folgende Mängel festgestellt:

Frist für die Behebung der Mängel: _____

Die Gasanlage darf erst nach Behebung dieser Mängel und neuerlicher Überprüfung in Betrieb genommen bzw. weiterbetrieben werden.

_____, am _____
Ort Datum

Name und Unterschrift des Prüfers

Unterschrift und firmenmäßige Zeichnung (Firmenstempel)

Zur Kenntnis genommen:

Unterschrift des Besitzers (Benützers) der Gasanlage

- ☐ Bei der Nachprüfung wurde festgestellt, dass sämtliche oben angeführten Mängel behoben worden sind. Die Gasanlage kann daher in Betrieb genommen werden.

_____, am _____
Ort Datum

Unterschrift und firmenmäßige Zeichnung (Firmenstempel)

62.**Verordnung****der Landesregierung über die Anwendung des Kollektivvertrages über die Pensionskassenzusage für Bundesbedienstete auf die Landeslehrer und Landesvertragslehrer**

Auf Grund des § 22a Abs. 4a Z. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956, und des § 78a Abs. 6 Z. 2 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86/1948, jeweils in der Fassung BGBl. I Nr. 73/2009, wird verordnet:

§ 1

Der Kollektivvertrag des Bundes über die Pensionskassenzusage für Bundesbedienstete ist in seiner jeweils geltenden Fassung für die Lehrer des Landes, die

- a) dem Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz – LDG 1984,

- b) dem Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz – LLDG 1985,
c) dem Landesvertragslehrergesetz 1966 oder
d) dem Land- und forstwirtschaftlichen Landesvertragslehrergesetz
unterliegen, mit seinem gesamten Inhalt für das Land Vorarlberg und die vorhin genannten Landeslehrer bzw. Landesvertragslehrer anzuwenden.

§ 2

Diese Verordnung tritt rückwirkend mit 1. Jänner 2009 in Kraft.

**Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landeshauptmann:**

Dr. Herbert Sausgruber

63.**Verordnung****der Landesregierung über eine Änderung der Hauptschulsprengelverordnung**

Auf Grund der §§ 17 und 18 des Schulerhaltungsgesetzes, LGBl.Nr. 32/1998, in der Fassung LGBl.Nr. 45/2000, wird verordnet:

Die Hauptschulsprengelverordnung, LGBl.Nr. 42/1979, in der Fassung LGBl.Nr. 27/1981, Nr. 17/1987, Nr. 8/1990, Nr. 25/1992, Nr. 69/1998, Nr. 32/

2001, Nr. 25/2002, Nr. 32/2003, Nr. 45/2004, Nr. 39/2005 und Nr. 46/2008, wird wie folgt geändert:

In § 1 lit. A wird die Wortfolge „Hauptschulen Bludenz-Ost und Bludenz-West: Gemeinsamer Pflichtsprengel“ durch die Wortfolge „Hauptschule Bludenz: Pflichtsprengel“ ersetzt.

**Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landeshauptmann:**

Dr. Herbert Sausgruber